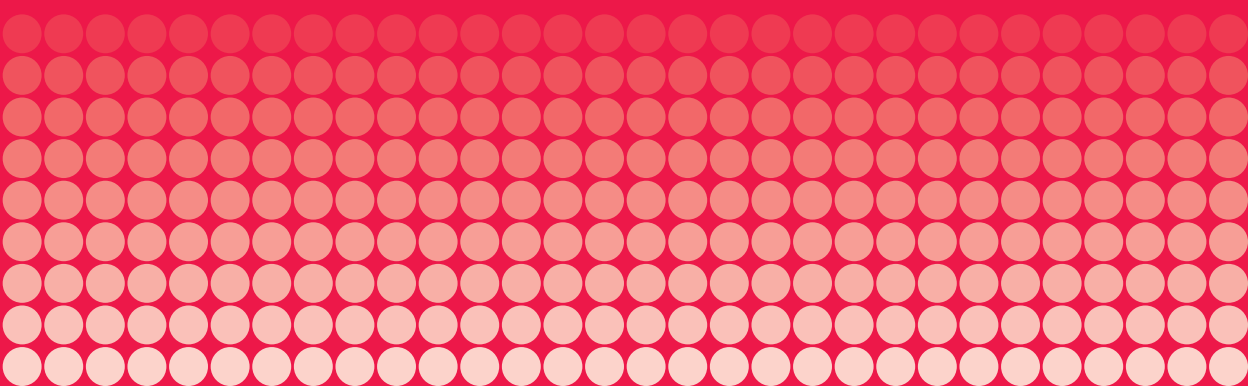


SIPRI YEARBOOK 2015

Armaments,
Disarmament and
International
Security

Zusammenfassung auf Deutsch



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

SIPRI ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung von Konflikten, Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 gegründet und stellt Daten, Analysen und Empfehlungen, die auf öffentlich zugänglichen Quellen basieren, für Politik, Wissenschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung.

THE SIPRI YEARBOOK

Das *SIPRI Yearbook 2015* stellt Originaldaten aus den Bereichen globale Militärausgaben, internationale Rüstungstransfers, Rüstungsproduktion, Atomstreitkräfte, bewaffnete Konflikte und multilaterale Friedenseinsätze zusammen und liefert neueste Analysen zu wichtigen Aspekten der Rüstungskontrolle, des Friedens und der internationalen Sicherheit. Das SIPRI-Jahrbuch ist erstmals 1969 erschienen. Es wird gemeinsam von Forschern von SIPRI und eingeladenen, externen Fachleuten verfasst.

Diese Broschüre fasst die Inhalte des *SIPRI Yearbook 2015* zusammen und enthält eine Auswahl an Daten und Informationen daraus.

INHALT

1. Einleitung	1
Teil I. Sicherheit und Konflikte, 2014	
2. Die bewaffneten Konflikte in Syrien und Irak	2
3. Der Ukrainekonflikt und seine Auswirkungen	4
4. Bewaffneter Konflikt	6
5. Friedenseinsätze und Konfliktmanagement	8
6. Europäische Sicherheit	10
7. Entwicklungen zur Sicherheit Asiens	11
8. Sicherheit und Entwicklung	13
Teil II. Militärausgaben und Rüstung, 2014	
9. Militärausgaben	14
10. Internationale Rüstungstransfers	16
11. Atommächte weltweit	18
Teil III. Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, 2014	
12. Kontrolle und Nichtverbreitung von Atomwaffen	20
13. Die Reduzierung von Sicherheitsrisiken durch chemische und biologische Kampfstoffe	22
14. Konventionelle Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung	23
15. Kontrollen des Waffenhandels und Dual-use-Güter	24
Anhänge	26

Übersetzt ins Deutsche von Astrid Fischer, Berghof Foundation.



1. EINLEITUNG

IAN ANTHONY

Die unterschwellige Befürchtung, die Staaten könnten nicht mehr in der Lage sein, die immer neuen, häufig miteinander verbundenen Probleme zu lösen, durchzog das Jahr 2014 wie ein roter Faden.

Angesichts des Auseinanderbrechens von Staaten wie Irak, Libyen und Syrien scheinen externe Akteure zu zögern, die Verantwortung für die innere Sicherheit anderer Staaten zu übernehmen, oder sie wirken unsicher, welche Form von Intervention konstruktiv wäre. Künftig könnte es entscheidend sein, fragile Staaten frühzeitig zu identifizieren, um künftige Gefahren erkennen, und angemessene Maßnahmen ergreifen, zu können. Umgekehrt könnte das Risiko von Staatszerfall minimiert werden, wenn Faktoren, die einen solchen verhindern helfen (*resilience*), ermittelt werden könnten.

In Europa, wo wir 2014 einen Zusammenbruch von Sicherheit sowohl regional als auch innerhalb einiger Staaten erleben mussten, wird die Rolle des Staates als Sicherheitsgarant ebenfalls neu überdacht. Trotz des engen Geflechts aus rechtlichen Konventionen, politischen Übereinkommen, diversen Institutionen und anderen Sicherheitsinstrumenten, weitete sich die politische Krise in der Ukraine in nur wenigen Monaten zu einem größeren Konflikt aus. Die Frage, ob Europa dabei ist, zu einem Sicherheitskonzept zurückzukehren, das auf traditionellen Formen von Machtpolitik beruht, ist durchaus berechtigt - und sie wird vielfach gestellt.

Ein weiteres Thema war 2014 die Frage, ob der Multilateralismus als ein sicherheitspolitischer Ansatz an Bedeutung

verliert. So zeigte sich zwar der UN-Sicherheitsrat bei einigen seiner Maßnahmen aktiver als je zuvor, so dass man den Eindruck gewinnen konnte, er entwickle sich in ein offeneres Gremium. Seine Wirksamkeit in Bezug auf die Konflikte in Israel-Palästina, Syrien und die Ukraine blieb jedoch gering. Etwas positiver fällt die Bilanz für das erreichte gemeinsame Vorgehen beim Ausbruch der Ebola-virus-Epidemie in Westafrika und gegen die Rekrutierung ausländischer terroristischer Kämpfer aus.

Das *SIPRI Yearbook 2015* scheint die im Vorjahr getroffene vorläufige Einschätzung zu bestätigen: der positive Trend der letzten zehn Jahre, zu weniger Gewalt und zu einem effektiveren Konfliktmanagement, scheint gebrochen. ●



2. DIE BEWAFFNETEN KONFLIKTE IN SYRIEN UND IM IRAK

Die Intensität der bewaffneten Konflikte in Syrien und im Irak nahm 2014 zu. Zu den Erfolgen von Dschihadisten zählte insbesondere der Aufstieg des sogenannten Islamischen Staates (IS). Diese Krise hat mehrere Ursachen: ein über Jahre andauernder, virulenter Konflikt, der zunehmend Züge religiöser Mobilisierung annimmt, der Verlust staatlicher Legitimität, sowie der umfassende gesellschaftliche und institutionelle Zusammenbruch in beiden Ländern. Der IS ist jedoch nur ein, wenn auch wichtiger, Akteur eines weiter gefassten syrisch-irakischen Schauplatzes von Krieg, sozialem Notstand und religiöser Polarisierung. Es geht hier um eine Krise, in der sich häufig wechselnde und unklare Bündnisse vielfach überschneiden, die zudem von regionalen und internationalen Akteuren und deren angeschlossenen Supportstrukturen gestützt werden.

Syrien

Das Scheitern der Genfer UN-Konferenz zu Syrien (*Geneva II*) im Januar und Februar 2014 zeigte deutlich, dass sich der Konflikt zu diesem Zeitpunkt nicht durch Verhandlungen lösen ließ. Staffan de Mistura wurde zum neuen UN-Vermittler ernannt und traf Vorbereitungen für einen lokalen Waffenstillstand in Aleppo. Bis Ende des Jahres war allerdings auch dieser, vor Ort ansetzende Friedensprozess gescheitert. Stattdessen nahm die Bildung von Enklaven, die entweder von Rebellen Gruppen, dem Regime oder der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) kontrolliert werden, rasant zu. Die Präsidentschaftswahlen 2014 in Syrien waren weder frei noch fair. Doch konnte sie Präsident Bashar al-Assad zu einer Macht-

demonstration nutzen, indem er zeigte, dass er nach wie vor Millionen von Syrern mobilisieren kann.

Die Unterstützung für die Rebellen durch die USA, Saudi-Arabien und andere Staaten verfolgte immer weniger das Ziel, Assad zu stürzen. Vielmehr versuchten diese Staaten, zunehmend die Aufständischen zu stützen, die gegen die Dschihadisten – aber im Sinne der eigenen Interessen – kämpften, wenn auch mit mäßigem Erfolg. Assads langfristige Chancen bleiben ungewiss; trotz zunehmender militärischer Überlegenheit konnte er 2014 die Kontrolle über Syrien nicht zurück erlangen. Die strukturellen und wirtschaftlichen Grundlagen des Regimes verkümmern zusehends, während Assad von seinen internationalen Verbündeten immer abhängiger wird.

Noch katastrophaler waren die Auswirkungen auf die syrische Bevölkerung. Bis Januar 2015 hat der Konflikt 206.000 Tote und 840.000 Verwundete gefordert. Über 85.000 Menschen gelten als vermisst. Fast vier, von insgesamt 22 Millionen Syrern sind geflohen und haben Schutz in den Nachbarländern gesucht. Dazu kommen 7,6 Millionen Binnenflüchtlinge in Syrien selbst. Angesichts dieser Bevölkerungsbewegungen nimmt die humanitäre Krise immer weiter zu, mit fatalen Auswirkungen auf das Land und die gesamte Region. Der umfassende wirtschaftliche Schaden, sowie der Ausfall staatlicher Dienstleistungen in Syrien lässt die Zukunft für Millionen von Menschen, die bereits Familienangehörige, ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage verloren haben, allzu düster aussehen.

Irak

Kennzeichnend für den Bürgerkrieg im Irak sind Entwicklungen, die sich schon 2011 abzeichneten: so nimmt die religiös-



konfessionelle Polarisierung weiter zu, während der Einfluss der Zentralregierung immer weiter schwindet. Unter der mehrheitlich aus Schiiten bestehenden Regierung von Nuri al-Maliki wurden Gebiete mit vorwiegend sunnitisch-arabischer Bevölkerung zunehmend staatlicher Kontrolle und Fürsorge entzogen. Diese wurden dadurch verwundbar durch den IS, der seit Juni 2014 die Kontrolle über einige Städte übernahm. Zwar wurde Maliki von Haider al-Abadi ersetzt, doch unterscheidet sich die neue Regierung kaum von der vorherigen. Sie wird es schwer haben, die sunnitisch-arabisch dominierten Gebiete wieder an sich zu binden, zumal die irakische Armee weiterhin stark von schiitischen Milizen abhängt, die vom Iran unterstützt werden.

Seit Januar 2014 hat sich der Islamische Staat (IS) im östlichen Syrien festgesetzt und Raqqa zur „Hauptstadt“ erklärt. Ab Juni 2014 eroberte er auch Gebiete im Nordirak, einschließlich der Städte Mosul und Tikrit. Diese Entwicklung führte zu einem „Schneeballeffekt“, durch den der IS durch weitere Rekrutierungen und die Eroberung von Waffen und Ressourcen, im Irak wie in Syrien, immer weiteren Zulauf erhielt. Im Juni rief die Gruppe ein „Kalifat“ aus und änderte ihren Namen von Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS), auch bekannt als Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL), in IS. Obgleich der IS als ehemaliger Abkömmling al-Quaidas diese zunehmend überschattet, ist es ihm bislang nicht gelungen, über sunnitisch-arabische Gebiete hinaus zu expandieren. Auch bleibt er strukturell außer Stande, selbst diese Gebiete zu regieren.

Der IS lieferte sich außerdem langanhaltende Gefechte mit PKK-nahen kurdischen Kämpfern um die nordsyrische Stadt

Kobane. Die Türkei ging dabei militärisch nicht aktiv gegen den IS vor und behinderte den Nachschub an die kurdischen Einheiten sowie deren Verstärkung durch weitere Kämpfer. Die kurdische Politik spielte in beiden Konflikten eine wichtige Rolle. Institutionalisierte Rivalitäten zwischen der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) in Iraks kurdischer Regionalregierung (KRG) hängen eng mit komplexen regionalen Zerwürfnissen zusammen: die KDP ist mit der Türkei und den USA verbündet; die PUK dagegen mit Iran und der PKK. Die wachsende Bedeutung der PKK im Irak, im Zuge der Ereignisse des Jahres 2014, könnte langfristig von Bedeutung sein.

Waffenlieferungen und der Einsatz von Gewalt gegen Einheiten des Islamischen Staates

Die US-geführten Luftschläge (seit August 2014 im Irak und seit September 2014 in Syrien) trugen dazu bei, den Vormarsch des IS aufzuhalten und schließlich einzudämmen. Dazu kam, dass sich die USA und einige andere Staaten bemühten, die irakische Armee durch Austausch von geheimdienstlichen Informationen und Waffenlieferungen zu stärken. Allerdings besteht angesichts der politischen und religiösen Fragmentierungen in beiden Ländern die Gefahr, dass diese die Gewalt zwischen den vielen militanten Gruppen in Syrien, im Irak, oder sogar darüber hinaus, weiter anheizen. Gleichzeitig stellten die Lieferungen für die USA einen politischen Drahtseilakt dar, insbesondere im Hinblick auf traditionell Verbündete. Denn *de facto* musste sich das US-Militär dazu mit dem Iran, der PKK und, bis zu einem gewissen Grad, auch mit Assad abstimmen. ●



3. DER UKRAINEKONFLIKT UND SEINE AUSWIRKUNGEN

Europa hat sich über Jahrzehnte hinweg besonders dafür eingesetzt, ein Rahmenwerk von Regeln, Verfahren und Institutionen zur Konfliktprävention und dem Umgang mit Krisen zu entwickeln. 2014 machte die Eskalation in der Ukraine, bei der sich eine politische Krise schnell in einen bewaffneten Konflikt ausweitete, allerdings deutlich, dass diese Vorkehrungen nicht ausreichen. Die Einverleibung der Krim durch Russland, ohne Zustimmung der ukrainischen Stellen, wurde für die europäische Sicherheitsordnung zu einer großen Herausforderung.

Vorsichtigen Schätzungen zufolge wurden bis Ende des Jahres 2014 mindestens

4.364 Menschen getötet und etwa 500.000 zu Binnenflüchtlingen.

Die Anwendung europäischer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen

Durch diplomatische Bemühungen konnten persönliche Kontakte zwischen den Hauptparteien hergestellt werden, darunter Gespräche zwischen Russland und der Ukraine sowie zwischen der ukrainischen Regierung und Vertretern bewaffneter Gruppen, die im Ostteil des Landes operieren. Deren vorrangiges Ziel war es, einen Waffenstillstand zu erreichen und Voraussetzungen für eine tragfähigere Lösung des Konflikts zu schaffen.

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) spielten eine Rolle, um Umfang und Qualität der Informationen

KARTE DER UKRAINE UND ANGRENZENDER STAATEN



über die Geschehnisse vor Ort zu verbessern. Die Spannungen in den östlichen Regionen der Ukraine konnten dadurch allerdings nicht sonderlich reduziert werden, was Fragen aufwirft, wie geeignet diese Maßnahmen in akuten Krisen- und Konfliktsituationen tatsächlich sind.

Zu den Reaktionen externer Akteure auf den Konflikt gehörten Sanktionen. Sie waren zwischen der Gruppe der Sieben Industriestaaten (G7) und der Europäischen Union (EU) abgestimmt und wurden von Ländern wie Australien und der Schweiz unterstützt.

Die europäischen Sicherheitsinstitutionen der EU und der Organisation des Nordatlantikpacts (NATO) vereinbarten Hilfsmaßnahmen, die die Ukraine in die Lage versetzen sollte, besser für ihre Sicherheit zu sorgen. Allerdings gingen die allgemeinen Unterstützungspakete 2014 nicht so weit, das Vorhaben der ukrainischen Armee direkt zu unterstützen, die Kontrolle über den östlichen Teil des Landes zurückzugewinnen. Zwar boten einzelne Staaten eine derartige Unterstützung auf nationaler Ebene an, jedoch dauerten die internen Beratungen über die Art künftiger Hilfsmaßnahmen Ende des Jahres noch an.

Militärausgaben in Europa

Der Konflikt in der Ukraine könnte zum Katalysator für eine Erhöhung der Militärausgaben in Europa werden. Russland hat seine Rüstungsausgaben seit einigen Jahren bereits effektiv erhöht und plant dies auch weiterhin. Die Folgen des Konflikts sind jetzt auch in der Ukraine spürbar, indem die Militärausgaben erheblich erhöht wurden. Als direkte Antwort auf die Krise, haben mehrere mittel- und nordeuropäische Nachbarstaaten zu Russland ebenfalls angekündigt, ihre Rüstungsausgaben zu erhöhen. In den meisten westeuropäischen Staaten sind solche Anzeichen weniger deutlich auszumachen. So wurden

die ursprünglichen Rüstungsbudgets der NATO-Mitgliedsstaaten für 2015 bereits vor dem NATO-Gipfel 2014 im walisischen Newport verabschiedet. Die dortigen Zusicherungen zu weiteren Investitionen im Verteidigungsbereich könnten allerdings zu einem Anstieg der Militärausgaben ab 2016 führen.

Die Auswirkungen auf Rüstungstransfers

Die Krise in der Ukraine hatte 2014 unterschiedliche Auswirkungen auf den Waffenhandel. In erster Linie kämpften die Kriegsparteien, die ukrainische Regierung und die separatistischen Rebellen in der Ostukraine, einen großen konventionellen Krieg mit einer Reihe von Waffen, darunter schwerem Kriegsggerät. Die meisten Waffen, die beide Seiten verwendeten, stammten aus vormaligen ukrainischen Beständen.

Die Ukraine bat nach Ausbruch der Krise um Waffenlieferungen westlicher Staaten. Europäische Regierungen waren jedoch skeptisch bezüglich derartiger Lieferungen. Auch die amerikanische Regierung entschied sich dagegen, trotz des massiven Drucks seitens des US-Kongresses, die Ukraine mit Waffen zu unterstützen. Russland lieferte Waffen an die Rebellengruppen.

Die Krise wirkte sich auch auf die russisch-ukrainischen Handelsbeziehungen für Rüstungsgüter aus, die Ende 2014, nach einigem Zögern seitens der Ukraine, schließlich abgebrochen wurden. Das stellte Russland, das bei einigen wichtigen Waffenteilen auf Lieferungen aus der Ukraine angewiesen ist, vor große Probleme. Russlands aufkommender Rüstungshandel mit westlichen Staaten wurde ebenfalls ausgesetzt. Das Ende beider Handelsbeziehungen dürfte Auswirkungen auf die bereits stark belastete Wirtschaft Russlands und dessen Pläne für eine militärische Modernisierung haben. ●

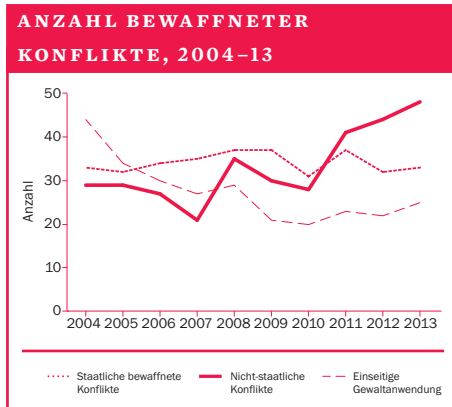


4. BEWAFFNETER KONFLIKT

Vorläufige Ergebnisse, die Anfang 2015 veröffentlicht wurden, gingen davon aus, dass in keinem Jahr seit 2000 mehr Kriege stattfanden als 2014. So mag 2014 als ein besonders gewaltsames Jahr in Erinnerung bleiben. Im Jahr zuvor gab es kaum, oder nur geringe, Anzeichen für einige der seither erfolgten Ausbrüche von Gewalt. Beispiele hierfür waren die Annexion der Krim durch Russland und dessen Unterstützung gewaltsamer Separatisten in der Ostukraine. Ähnliches, wenn auch nicht in dem Maße, gilt für das brutale Vorgehen von Boko Haram in Nigeria, den Islamischen Staat (IS) im Irak und den Gaza-Krieg 2014.

Gender, Frieden und bewaffneter Konflikt

Der Zusammenhang zwischen sozialem Geschlecht (*Gender*) und Frieden ist ein Thema, das seit der Verabschiedung der Resolution 1325 durch den UN-Sicherheitsrat im Jahr 2000 zu einem echten Anliegen für internationalen Frieden und Sicherheit geworden ist. Es ist erwiesen, dass Bürgerkriege, Kriege mit anderen Staaten oder umfangreiche Menschenrechtsverletzungen seltener die Staaten treffen, die besonderen Wert auf Gleichberechtigung legen, als Staaten in denen Geschlechtergleichheit weniger ausgeprägt ist. In der Tat scheint es eine Übereinstimmung zwischen den oben erwähnten Beispielen von Kriegen aus dem Jahr 2014 und den Regionen zu geben, in denen sich die Geschlechterverhältnisse substantiell verschlechtert haben, insbesondere in Afrika und dem Nahen Osten. Wegen des Zusammenhangs zwischen Geschlechtergleichheit und Frieden ist die zunehmende Unterdrückung von Frauen besonders verhängnisvoll. So betrachtet, führt eine Politik der sozialen Ausgren-



zung, die in erster Linie gegen Frauen gerichtet ist, häufig zu sozialen Spannungen und ist damit ein möglicher Vorbote innerwie zwischenstaatlicher Kriege. Einer um Frieden und Sicherheit besorgten internationalen Gemeinschaft dienen derartige politische Bestrebungen als Warnhinweise.

Die Unterschiede zwischen Frieden und Krieg in Afrika

Auch wenn es schwer vorstellbar erscheint, konnten sich Teile Afrikas den massiven Gewaltexzessen und Kriegen bislang entziehen. Diese „Friedenszonen“ umfassen zehn Staaten, die von den Gewaltdynamiken um sie herum in keiner Weise betroffen sind. Im Laufe der Zeit lassen sich zudem wichtige Veränderungen feststellen. So fand 2005 kein einziger Krieg in Afrika statt.

Historische Hinterlassenschaften spielen bei gewaltsamen Konflikten noch im Nachhinein eine Rolle. Die meisten Länder konnten die Kolonialherrschaft ohne gewaltsamen Konflikt hinter sich lassen. Die Staaten, in denen erst ein gewaltsamer Kampf zur Unabhängigkeit führte, waren auch als unabhängige Staaten wesentlich konfliktträchtiger. Diese Konflikte blieben ihrerseits verknüpft mit der Dynamik des Kalten Krieges.



Seit Ende des Kalten Krieges wurden die größten Kriege am Horn von Afrika (einschließlich Sudan) geführt. In dieser Zeit gewannen Friedensabkommen und UN-Blauhelm-Missionen für die Beendigung von Konflikten allgemein an Bedeutung. Umso beunruhigender erscheint es, dass seit 2009 kein Krieg mehr durch ein Friedensabkommen beendet werden konnte.

Muster organisierter Gewalt, 2004–13

Das *Uppsala Conflict Data Program* (UCDP) unterscheidet organisierte Gewalt weltweit anhand von Kategorien der Gewaltanwendung: staatliche bewaffnete Konflikte, nichtstaatliche Konflikte und einseitige Gewaltanwendung. Jede dieser Formen von Gewalt hat ihre eigene Dynamik. Die Entwicklung bei einer Form hat keine direkten Auswirkungen auf die anderen Konflikttypen (tritt eine Art seltener auf, bedeutet das nicht automatisch einen Rückgang bei anderen Konflikten). Von allen drei Formen von Konflikt verursachen staatliche Konflikte die größten Schäden und die meisten Toten durch Kampfhandlungen. In diesem Punkt ist der Bürgerkrieg in Syrien allerdings eine Ausnahme.

Die verfügbaren Informationen verweisen auf die besonders ernste Lage im Nahen Osten. Die Anzahl der Todesopfer in staatsbasierten Konflikten nahm in den letzten Jahren des Zeitraums 2004–13 zu. Gleichzeitig gibt es Anzeichen dafür, dass auch die Anzahl nichtstaatlicher Konflikte in Afrika und im Nahen Osten seit 2010 zunimmt. Im gleichen Zeitraum kam es dort auch verstärkt zu einseitiger Gewaltanwendung, insbesondere durch nichtstaatliche Akteure.

Hätte man die Angaben zu Flüchtlingen noch dazu genommen, hätte man die Entwicklung im Nahen Osten, einer Region, für

die 2014 ein besonders gewaltsames Jahr war, möglicherweise vorhersehen können. Umgekehrt war aus den Entwicklungsdaten für die Ukraine im Vorfeld keine unmittelbare Gefahr herauszulesen. Eine Folge unterschiedlicher Gewaltformen deutet möglicherweise auf die Gefahr einer Eskalation hin. Das Fehlen von akuter Gewalt bedeutet jedenfalls nicht, dass es keine Gewaltdrohungen gibt. ●

GLOBAL PEACE INDEX, 2014

Der *Global Peace Index* (GPI), ermittelt vom *Institute for Economics and Peace*, verwendet 22 Indikatoren, um 162 Staaten gemäß ihres relativen Friedenszustands einzustufen.

Das GPI 2014 verzeichnet einen anhaltenden und langsamen Rückgang an Friedfertigkeit weltweit. Europa galt dabei als die friedfertigste Region. Allerdings erfasst der GPI nur den Zeitraum bis März 2014. Zu diesem Zeitpunkt begannen sich die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine zu verschlechtern, was sich auch auf Europa insgesamt auswirkte.

Der Nahe Osten, Nordafrika und Afrika südlich der Sahara stechen als weniger friedvolle Regionen hervor, besonders aufgrund von aktuellen Kriegen. Obwohl in den letzten sieben Jahren also verschiedentlich ein Anstieg an Gewalt zu beobachten ist, bedeutet dies nicht zwangsläufig eine langfristige Trendwende – die Welt ist insgesamt immer noch friedvoller als in jedem beobachteten Zeitraum vor dem Jahr 2000.

Rang	Land	Wert	Änderung
1	Island	1,189	+0,027
2	Dänemark	1,193	-0,001
3	Österreich	1,200	-0,049
4	Neuseeland	1,236	0,000
5	Schweiz	1,258	-0,001
158	Somalia	3,368	-0,026
159	Irak	3,377	+0,132
160	Südsudan	3,397	+0,795
161	Afghanistan	3,416	-0,025
162	Syrien	3,650	+0,244



5. FRIEDENSEINSÄTZE UND KONFLIKTMANAGEMENT

Einige Entwicklungen bei Friedenseinsätzen und Konfliktbearbeitung des Jahres 2013 setzten sich 2014 fort; die Summe der Friedensmissionen nahm weiter zu, während insgesamt weniger Personal eingesetzt wurde. SIPRI zufolge fanden 2014 insgesamt 62 Friedensmissionen statt, drei mehr als im Vorjahr. Die Personalstärke ging dabei um 20 Prozent auf insgesamt 162.052 Personen zurück, einschließlich der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (*International Security Assistance Force*, ISAF) in Afghanistan. ISAF nicht eingerechnet war allerdings ein Personalanstieg von vier Prozent zu verzeichnen. Demnach nahmen 148.716 Personen 2014 an internationalen Friedensmissionen teil, was einen neuen Höchststand bedeutet. Der Abschluss der ISAF-Mission war einschneidend und hat die Statistiken zu Friedenseinsätzen im vergangenen Jahr wesentlich beeinflusst.

In Folge des Abzugs von ISAF rückten Friedenseinsätze in Afrika noch stärker in den Fokus: in Afrika finden die meisten dieser Missionen statt und der Kontinent stellt dafür mehr Personal zur Verfügung als alle anderen Regionen zusammengenommen. Sieben neue Friedensmissionen wurden 2014 durchgeführt, vier davon in Afrika. Die drei neuen Missionen außerhalb Afrikas bezogen sich auf den Ukraine Konflikt.

Nicht traditionelle und traditionelle Herausforderungen an Friedensmissionen

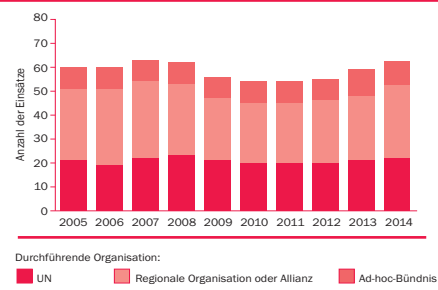
Die nicht herkömmlichen Herausforderungen, vor denen Friedenseinsätze stehen können, wurden im Laufe des Jahres immer deutlicher. Die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) und ISAF

sahen sich nach wie vor einer asymmetrischen Bedrohung seitens nichtstaatlicher Akteure ausgesetzt. Die UN-Beobachtermission auf dem Golan (*UN Disengagement Observer Force*, UNDOF) sowie die UN-Mission in Mali (*UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali*, MINUSMA) wurden Ziele von Angriffen durch Dschihadisten. Eine Herausforderung anderer Art stellte die Ebola-Epidemie dar, insbesondere für die UN-Mission in Liberia (UNMIL). Ebenso ungewöhnlich war, dass gegen mehrere UN-Missionen öffentlich demonstriert wurde, was in einzelnen Fällen sogar zum Tod von Demonstrierenden durch Blauhelme führte.

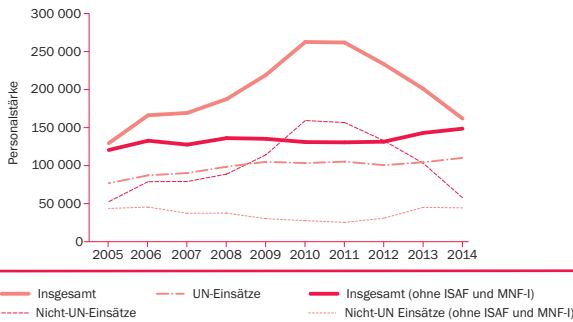
Friedensmissionen sahen sich aber auch mit eher herkömmlichen Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehörten zunehmende Spannungen aufgrund größerer geopolitischer Veränderungen oder Auseinandersetzungen, wie etwa in der Ukraine, wo Russland und der Westen über ihren geopolitischen Einfluss stritten. Chinas mittlerweile beträchtliche Beteiligung an robusten Friedenseinsätzen lässt sich unter anderem damit erklären, dass dadurch die eigenen Energie-Interessen in Afrika abgesichert werden sollen.

Friedensmissionen sind insgesamt robuster geworden, d.h. sie sind z.T. selbst an Kampfhandlungen beteiligt, vor allem in

ANZAHL INTERNATIONALER FRIEDENSEINSÄTZE, 2005-14



PERSONALSTÄRKE MULTILATERALER FRIEDENSEINSÄTZE, 2005–14



Afrika. Gleichzeitig gerieten die UN und ihre Missionen unter schärfere Beobachtung. Beispielsweise wurde erstmals ein Truppensteller (die Niederlande) offiziell für den Tod von Zivilpersonen während eines Blauhelmeinsatzes (1995 in Srebrenica, Bosnien und Herzegowina) haftbar gemacht.

Friedensmissionen als Instrument des Konfliktmanagements

Trotz dieser Herausforderungen und der regelmäßigen Kritik an Einsätzen und deren Effektivität halten die internationale Gemeinschaft und Konfliktparteien Friedenseinsätze weiterhin für ein sinnvolles Instrument der Konfliktbearbeitung. 2014 betrafen Vorschläge für neue Einsätze auch einige der besonders schwierigen Konfliktsituationen. Ukrainische Parlamentarier und bestimmte Mitglieder des UN-Sicherheitsrats hofften auf eine Entsendung von UN-Blauhelmen in die Ukraine, während pro-russische Aktivisten eine russische Friedensmission wünschten. Der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, schlug einen Einsatz der NATO vor, um einen künftigen Palästinenserstaat abzusichern. Gegen Ende des Gazakrieges 2014 erneuerte die Europäi-

sche Union (EU) ihr Angebot, die Grenzbeobachtungsmission in Rafah (*European Union Border Assistance Mission, EU BAM Rafah*) wieder aufzunehmen. Auch die syrische Opposition verlangte für den Fall eines künftigen Waffenstillstands eine UN-Mission. Einige hofften auch auf eine Rettungsmission der UN zur Befreiung der Schulmädchen, die in Chibok in Nigeria von Boko Haram entführt worden waren.

Angesichts immer anspruchsvollerer Einsätze, hoher Erwartungen und der sich wandelnden geopolitischen Rahmenbedingungen kündigte der UN-Generalsekretär die Prüfung von UN-Friedensmissionen in einem umfassenden Prozess an. Ein hochrangiges Gremium (*High-Level Panel on Peace Operations*) wurde berufen, um den gegenwärtigen Stand und künftige Anforderungen zu bewerten. Angesichts dieser wichtigen, wenn auch schwierigen Aufgabe, sollte sich das Gremium auch mit zentralen Empfehlungen des Brahimi-Berichts befassen, von denen viele noch immer gültig sind. Wenn die Bemühungen des Gremiums dazu beitragen, wenigstens einen Teil dieser Empfehlungen umzusetzen, wäre ein wichtiger Schritt erreicht. ●



6. EUROPÄISCHE SICHERHEIT

Die politische Krise in der Ukraine verschärfte sich 2014. Schnell wurde daraus ein größerer Konflikt, in den eine Reihe externer Akteure in unterschiedlichster Form hineingezogen wurde. Das politische Verhältnis zwischen Russland und einigen westlichen Ländern verschlechterte sich rapide und einige institutionelle Beziehungen – wie jene zwischen der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO) und Russland sowie zwischen Russland und der Europäischen Union (EU) – sind möglicherweise unwiderruflich beschädigt.

Die Geschwindigkeit, in der ein neuer, und bis dahin unbekannter bewaffneter Akteur – der „Islamische Staat“ – militärische und verwaltungstechnische Kontrolle über ein großes Gebiet im westlichen Irak und im östlichen Teil Syriens erlangen konnte, war ein weiterer Schock. Mordanschläge, die Einzeltäter in Verbindung mit den Konflikten im Irak und in Syrien in mehreren europäischen Städten verübten, haben deutlich gemacht, wie brüchig die Linien zwischen innerer und äußerer staatlicher Sicherheit in Europa sind.

Die Rückkehr zur militärischen Dimension euro-atlantischer Sicherheit

Die Dramatik der Ereignisse trug dazu bei, dass sich der Eindruck verbreitete, dass Europa, das sich an ein recht gefahrloses Sicherheitsumfeld gewöhnt hatte, die Notwendigkeit unterschätzt habe, sich auf militärische Bedrohungen vorzubereiten. Die Entscheidungen, die die NATO-Führung auf dem Gipfeltreffen von Wales Ende 2014 getroffen haben, deuten darauf hin, dass einige Nachjustierungen am sicherheitspolitischen Instrumentarium zu erwarten sind. Die Folgen dieser Entschei-

dungen sind zwar noch nicht vollständig absehbar. Möglich wären aber größere Streitkräfte zur territorialen Verteidigung sowie konzertierte Versuche, Abschreckung wieder zu einem zentralen Element der Sicherheitspolitik der europäischen NATO-Verbündeten zu machen. Die Entscheidungen, die 2014 getroffen wurden, könnten darauf hindeuten, dass Staaten zukünftig wieder mehr auf die Fähigkeiten ihrer nationalen Armeen setzen und diese als wichtigsten Garanten für ihre Sicherheit sehen.

Die aktive Beteiligung europäischer Bürger an bewaffneten Konflikten in Europa und an dessen Peripherie löste eine politische Debatte darüber aus, mit welchen nationalen und regionalen Maßnahmen eine Radikalisierung hin zu Terrorismus und gewaltsamem Extremismus verhindert werden könnten. Einerseits haben diese Diskussionen den Fokus darauf gelenkt, welche sicherheitspolitischen Auswirkungen soziale Ausgrenzung in Europa hat. Andererseits wurden dadurch politische Maßnahmen verschärft, die die Bewegungsfreiheit bestimmter Individuen einschränkt.

Trotz dieser 2014 sichtbar gewordenen Tendenzen wäre es zu früh, weitreichende Schlüsse zu ziehen, wie sich die Sicherheit Europas weiter entwickeln wird. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Staaten nicht doch schrittweise wieder für einen ausgewogenen Ansatz aussprechen, der die verschiedenen Instrumente kooperativer Sicherheit – militärische Verteidigung, Rüstungskontrolle, Krisenmanagement, Konfliktprävention und Konfliktlösung – gleichermaßen achtet. ●



7. ENTWICKLUNGEN ZUR SICHERHEIT ASIENS

In Ostasien beeinflussten im Verlauf des Jahres 2014 eine Reihe von regionalen militärischen Entwicklungen die Sicherheitslage. Ein wichtiger Aspekt dabei sind die Bemühungen Chinas, die Sicherheitsdynamik in der Region aktiv zu gestalten. Seit 2008 haben regionale Spannungen in Ostasien stetig zugenommen. Deren Auslöser sind insbesondere in den Auseinandersetzungen über die territoriale Begrenzung von Hoheitsgewässern, in Chinas strategischem Durchsetzungsvermögen, in Tendenzen zur nuklearen Weiterverbreitung sowie in der militärischen Aufrüstung in der Region zu suchen. Dazu kommt die Angst, dass sich die Instabilität Afghanistans und Pakistans über deren Grenzen hinaus weiter ausbreiten könnte. Die Entwicklung der Militärausgaben in der Region zeigt, dass Staaten, die sich in territorialen Auseinandersetzungen mit China befinden, militärische Modernisierungsprogramme aufgelegt haben. Seit die Vereinigten Staaten im Zuge ihrer strategischen Ausrichtung auf Asien („*pivot to Asia*“) engere militärische und sicherheitspolitische Beziehungen zu Verbündeten in der Region aufbauen, beschwören einige Analysten bereits eine „Rückkehr zur Geopolitik“.

Die US-amerikanische Ausrichtung auf den Asiatisch-Pazifischen Raum

Die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und ihren Verbündeten in der Region steht in Zusammenhang mit der Verlagerung des Schwerpunkts amerikanischer Interessen nach Asien. Angesichts der kontinuierlichen Bestrebungen Chinas, sich militärisch zu modernisieren,

wurde 2014 die Zusammenarbeit zwischen den USA und einer Reihe asiatischer Staaten im Bereich Verteidigung enger. Diese Kooperation wurde von China als Kampagne der Vereinigten Staaten betrachtet, um mithilfe von Staaten aus der Region dem Aufstieg Chinas entgegenzuwirken.

Territoriale Auseinandersetzungen im Süd- und Ostchinesischen Meer

2014 blieben die Spannungen im Südchinesischen Meer hoch, während sich die Sicherheitslage im Ostchinesischen Meer leicht verbessert hat. Chinas Bestrebungen zur Ölförderung sowie die forcierte Landgewinnung in umstrittenen Gebieten des Südchinesischen Meeres haben die Lage weiter zugespitzt und bei anderen Anspruchstellern, wie insbesondere den Philippinen und Vietnam, zu Protesten geführt. Umgekehrt patrouillierte die chinesische Küstenwache 2014 seltener in der Nähe der umstrittenen Senkaku/Diaoyu-Inseln im Ostchinesischen Meer. Auf dem Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) im November kam es sogar zu einem historischen Handschlag zwischen dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und dem japanischen Premierminister Shinzo Abe, der die Wiederaufnahme hochrangiger bilateraler Beziehungen zwischen beiden Staaten einleitete.

Chinas sicherheitsdiplomatische Initiativen

Eine Reihe neuer sicherheitspolitischer diplomatischer Initiativen sind aus Präsident Xi Jinpings neuem regionalen Ordnungskonzept („*Asia for Asians*“) heraus entstanden. China verstärkt seine Bemühungen, wirtschaftliche, fiskalische und politische Institutionen zu schaffen, die



eine Alternative zur traditionellen, vom Westen dominierten Weltordnung bieten. Im Bereich regionale Sicherheit nutzt China zunehmend eigene Foren. Damit werden Strukturen vorangetrieben, die die Fähigkeiten der USA schmälern, bei der Bearbeitung und Lösung von Konflikten in der Region zu helfen.

Japans Reformen der nationalen Verteidigungspolitik

Die Regierung Abe setzte sich weiter für umfangreiche Reformen der Verteidigungspolitik Japans ein. Ziel der angestrebten institutionellen und verfassungsrechtlichen Änderungen war es, eine „Normalisierung“ der Verteidigungspolitik Japans zu ermöglichen. Die Bestrebungen, die pazifistische Nachkriegsverfassung Japans zu ändern, haben allerdings in China und Südkorea negative Reaktionen hervorgerufen. Die USA dagegen erachten dies als Möglichkeit, dass Japan sich stärker an der regionalen Sicherheit beteiligt.

Terrorismus und Chinas internationale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen

China hat in seiner westlichsten autonomen Provinz Xinjiang umfassende Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung unternommen. Xinjiang grenzt nicht nur an Afghanistan und Pakistan, sondern auch an einige zentralasiatische, ehemals sowjetische Staaten. Immer häufigere Anschläge durch einheimische Dschihadisten und die Sorge, infolge des Abzugs der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) aus Afghanistan könne auch das Nachbarland destabilisiert werden, haben dazu geführt, dass sich China zunehmend an der regionalen Terrorismusbekämpfung beteiligt. Außerdem fürchtet man die Heimkehr

dschihadistischer Kämpfer aus Konfliktgebieten, insbesondere aus dem Irak und Syrien, nach China.

Russlands wachsende Rolle in Nordostasiens Sicherheit

Im Zuge der Ukraine Krise hat Russland versucht, diplomatische und sicherheitspolitische Initiativen in Nordostasien zu pflegen. Infolge der *de facto* Annexion der Krim und seiner militärischen Einmischung in der Ostukraine haben sich Russlands Beziehungen zum Westen merklich verschlechtert. Daher hat Russland versucht, seine strategischen Beziehungen nach Nordostasien zu stärken: es hat sich einerseits bemüht, die bilateralen Beziehungen zu China zu vertiefen. Gleichzeitig erkundet es engere wirtschaftliche und politische Verbindungen nach Nordkorea. Insgesamt werden diese Bemühungen Russlands kaum dazu führen, sein strategisches Gewicht in Nordostasien zu erhöhen. ●



8. SICHERHEIT UND ENTWICKLUNG

Sicherheit und Entwicklung haben in internationalen Studien traditionell unterschiedliche Diskurse hervorgebracht. Entwicklung wurde vor allem als ökonomisches Wachstum und Wohlstand festgelegt, eine Definition die jüngst durch Ressourcen, Chancen und Wahlmöglichkeit erweitert wurde. Innerhalb des Diskurses internationaler Beziehungen ist Sicherheit mittlerweile sehr unterschiedlich interpretiert worden: als individuelle, menschliche oder staatliche Sicherheit. Diese Politikbereiche betreffen unterschiedliche Akteure und Bedrohungen (innere und äußere, existenzielle und anderweitige). Häufig beziehen sie sich auf einen anderen zeitlichen Horizont: entwicklungsbedingte Bedrohungen entwickeln sich über Generationen, wogegen Sicherheitsrisiken oft unmittelbar sind.

Auswirkungen fehlender Sicherheit

Dennoch ist es in einer zunehmend vernetzten und komplexen Welt offensichtlich, dass Sicherheit und Entwicklung unausweichlich miteinander verknüpft sind. Sicherheitsrisiken können sozioökonomische Ursachen haben, wie etwa Verteilungskämpfe um natürliche Ressourcen, Ausbreitungseffekte von Umweltschäden, ökonomische und soziale Benachteiligung, wirtschaftliche und politische Migration, Naturkatastrophen. Über das Konzept menschlicher Sicherheit werden Entwicklung und Sicherheit nun seit über 20 Jahren in Bezug zueinander gesetzt. In der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 wurde betont, dass Armutsbekämpfung Frieden und Sicherheit voraussetzt. Jüngst hat die Überprüfung der Millennium-Entwicklungsziele der UN (MDGs) erneut bestätigt, dass die Länder,

die am stärksten von Konflikten, Instabilität und Vertreibung betroffen sind, auch *in puncto* Armutsbekämpfung am weitesten zurückgefallen sind. So entsteht häufig ein Teufelskreis. Denn wirtschaftliche Schocks, ausgelöst etwa durch ökologische Belastungen, Migration oder Lebensmittel-Preisschocks, können Sicherheit beeinträchtigen.

Fragile Systeme, Gesundheit und Gender

Während die Weltgemeinschaft sich eine neue globale Agenda zu nachhaltiger Entwicklung setzt, finden auch die beiden Forschungsdisziplinen zu Sicherheit und Entwicklung zueinander. Die Schnittmenge zwischen Sicherheit und Entwicklung in fragilen Systemen ist vielschichtig.

Eine Möglichkeit, Fragilität zu begreifen, bieten systemische Modelle. Im Unterschied zu einem staatszentrierten Denkmodell hilft Systemdenken dabei, die Verbindungen zwischen Symptomen und Ursachen, sowie die gegenseitigen Auswirkungen verschiedener Prozesse untereinander, eingehend zu analysieren. Fragile Systeme sind Szenarien, in denen wenig Sicherheit mit geringer Entwicklung interagiert. Daraus entstehen komplexe Herausforderungen an beide – an Entwicklung und Sicherheit gleichermaßen.

Wird eine Gender-Perspektive in ein solches systemisches Modell integriert, können strukturelle, auf sozialen Normen basierende Ungleichheiten besser bestimmt werden. Die Analyse aus Geschlechterperspektive kann beispielsweise darstellen, wie unterschiedlich Männer und Frauen mangelnde Sicherheit und Fragilität erleben, um dadurch zu wirksameren politischen Strategien zu gelangen. In diesem Sinne könnten bessere Einsichten in die Beziehung zwischen strukturellen Ungleichheiten, Sicherheit und Entwicklungsprozessen zu mehr Frieden und Sicherheit beitragen. ●



9. MILITÄRAUSGABEN

Die weltweiten Militärausgaben beliefen sich im Jahr 2014 auf schätzungsweise 1.776 Milliarden US-Dollar. Das entspricht 2,3 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts oder 245 US-Dollar pro Person. Insgesamt bedeutet das einen effektiven Rückgang um etwa 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Militärausgaben in Afrika, Osteuropa und dem Nahen Osten stiegen weiterhin rapide. Hohe Ölpreise bis weit in das Jahr 2014 sowie die zahlreichen regionalen Konflikte trugen dazu bei, dass in einigen Ländern der Region mit den höchsten Investitionsvolumen die Rüstungsausgaben stiegen. Aufgrund der Konflikte in der

Ukraine, im Irak, in Syrien und anderswo werden die Militärausgaben regional vermutlich auch weiterhin steigen. Der dramatische Preissturz für Öl gegen Ende des Jahres 2014 könnte jedoch in einigen dieser Länder, die von Öleinnahmen abhängig sind, einen Politikwechsel einleiten. Allerdings dürfte sich dieser Trend in den Ländern, die noch immer über umfangreiche Finanzreserven verfügen, noch nicht gleich bemerkbar machen.

Die Militärausgaben in Asien und Ozeanien stiegen 2014 ebenfalls an. Die Ursache dafür liegt allerdings hauptsächlich am Investitionszuwachs Chinas. Die anderen Länder der Region ergeben ein gemischtes Bild aus Erhöhungen und Einsparungen. Die Rüstungsausgaben in Lateinamerika und der Karibik blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Spitzenreiter Brasilien nahm aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten weitere Kürzungen vor. Auf der anderen Seite führte der Kampf gegen Drogenkartelle in Mittelamerika auch weiterhin zu höheren Ausgaben in dieser Subregion.

WELTWEITE MILITÄRAUSGABEN, 2014

Region	Ausgaben (MLD \$)	Veränderung (%)
Afrika	(50)	5,9
Nordafrika	20,1	7,6
Subsahara-Afrika	(30,1)	4,8
Amerika	705	-5,7
Mittelamerika und Karibik	10,4	9,1
Nordamerika	627	-6,4
Südamerika	67,3	-1,3
Asien und Ozeanien	439	5,0
Zentral- und Südasien	65,9	2,0
Ostasien	309	6,2
Ozeanien	28,0	6,9
Südost-Asien	35,9	-0,4
Europa	386	0,6
Osteuropa	93,9	8,4
West- und Mitteleuropa	292	-1,9
Naher Osten	(196)	5,2
Welt gesamt	1 776	-0,4

() = ungefähre Schätzung. Alle Angaben in US-Dollar zum Tageskurs (2014). Alle Änderungen werden real ausgewiesen.

US-Militärausgaben

Die Militärausgaben der USA nahmen weiter ab. Ursachen dafür waren der laufende Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan sowie die Auswirkungen des Haushaltskontrollgesetzes (*Budget Control Act, BCA*) von 2011. Vereinbarungen im Kongress im Jahre 2014 führten allerdings dazu, dass sich die Wirkung des BCA tendenziell abschwächte. Insbesondere wurden Wege gefunden, die durch die Haushaltssperre bedingten pauschalen Kürzungen zu umgehen. Die Konflikte im Irak und in der Ukraine könnten ebenfalls dazu führen, dass die Ausgaben für Auslandseinsätze (*Overseas Contingency Ope-*



rations) langsamer zurückgehen, als durch den fast vollständigen Truppenabzug aus Afghanistan zu erwarten wäre. Dennoch wird für 2015 mit einer weiteren Reduzierung der US-Militärausgaben gerechnet, wenn auch in einem geringeren Tempo.

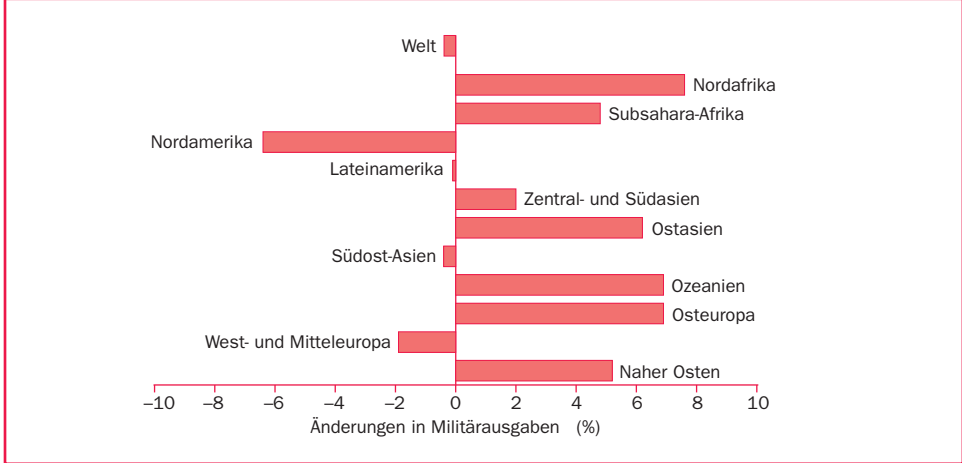
Die Verfügbarkeit von Informationen über Militärausgaben

In den 1990ern und frühen 2000er Jahren wurden Daten über Militärausgaben zunehmend öffentlich zugänglich. Diese Entwicklung ist in den letzten fünf bis zehn Jahren allerdings zurückgegangen, insbesondere in Afrika und im Nahen Osten. Untersuchungen zur Verfügbarkeit von Daten zeigen, dass Bürgerrechte und politische Freiheit direkten Einfluss darauf haben, in wie weit aussagekräftige Daten über Militärausgaben zugänglich sind. Umgekehrt nehmen in fragilen Staaten die Verfügbarkeit und Qualität von Daten merklich ab. Für sich genommen, ohne diese beiden Einflussgrößen, spielt Volkseinkommen im Hinblick auf den Zugang zu Daten aber keine bedeutende Rolle. ●

DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER MILITÄRAUSGABEN AN DIE UN

Der UN-Bericht über Militärausgaben bleibt eine wichtige Quelle offizieller Daten über Militärausgaben. 2014 nahm die Zahl der UN-Mitgliedsstaaten, die der jährlichen Bitte nachkommen, Daten zur Verfügung zu stellen, ab, nach einer Zunahme im Jahr zuvor. Insgesamt blieb mit 25 Prozent die Anzahl der beteiligten Staaten gering. Die Tatsache, dass Länder ihre Daten nicht weitergeben, mag in einigen Fällen vor allem daran liegen, dass Militärausgaben als politisch heikel gelten. Allerdings stellen viele Staaten Angaben über ihre Militäretats online der Öffentlichkeit zur Verfügung. Auch die Tatsache, dass viele Staaten der Anfrage in der Vergangenheit mindestens einmal nachgekommen sind, spricht dafür, dass sie durchaus dazu in der Lage sind. Es könnte aber an mangelnden Kapazitäten oder fehlendem politischem Willen liegen, dass die Anfrage nicht konsistent beantwortet wird.

ÄNDERUNGEN WELTWEITER RÜSTUNGS-AUSGABEN NACH REGION, 2013-14

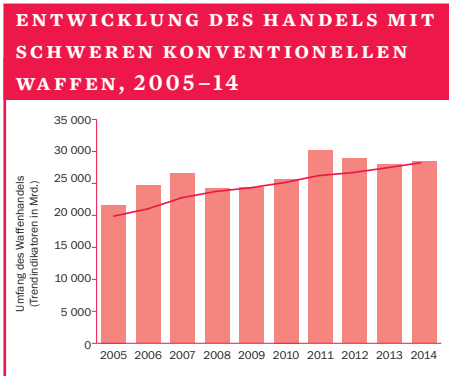


10. INTERNATIONALE RÜSTUNGSTRANSFERS

Der Umfang internationaler Rüstungstransfers schwerer Waffen stieg zwischen 2005–2009 und 2010–14 um 16 Prozent. Die fünf größten Exporteure – USA, Russland, China, Deutschland und Frankreich – waren dabei für 74 Prozent der weltweiten Lieferungen verantwortlich. Seit 1950 waren Firmen aus den USA und Russland (bis 1992 UdSSR) mit Abstand die größten Waffenexporteure. Die Liste der 10 wichtigsten Waffenexporteure wird daher seit langem von diesen beiden Ländern dominiert, woran sich auch in absehbarer Zukunft kaum etwas ändern dürfte. Eine Ausnahme bildet lediglich China, das nun einen festen Platz in den Top 5 der Rangliste einnimmt; im Zeitraum zwischen 2010 und 2014 war es der drittgrößte Waffenexporteur, knapp vor Deutschland und Frankreich.

Entwicklungen von Rüstungstransfers

Im Zeitraum 2010–14 nahm der Zustrom von Waffen nach Afrika und Asien, verglichen mit den fünf Jahren davor, zu. Die Transfers nach Europa nahmen dagegen deutlich ab. 48 Prozent der Lieferungen größerer Waffen in diesem Zeitraum gingen an Staaten in Asien und Ozeanien: Indien, China und Pakistan. Auch einige



DIE WICHTIGSTEN IMPORTEURE UND EXPORTEURE SCHWERER WAFFEN, 2010–14

Exporteur	Weltmarktanteil (%)	Importeur	Weltmarktanteil (%)
1. USA	31	1. Indien	15
2. Russland	27	2. Saudi Arabien	5
3. China	5	3. China	5
4. Deutschland	5	4. VAE	4
5. Frankreich	5	5. Pakistan	4
6. Großbritannien	4	6. Australien	4
7. Spanien	3	7. Türkei	3
8. Italien	3	8. USA	3
9. Ukraine	3	9. Südkorea	3
10. Israel	2	10. Singapur	3

Länder im Nahen Osten importierten deutlich mehr schwere Waffen. Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate gehörten 2010–14 sogar zu den fünf größten Importeuren. Bemerkenswert ist dabei v.a. die beträchtliche Importsteigerung in Saudi Arabien, wodurch das Land sogar auf den zweiten Platz der weltweit größten Rüstungsimporteure rückte. Gerade Saudi Arabien, aber auch einige andere Golfstaaten, haben in den letzten Jahren umfangreiche Bestellungen erteilt, die nun allmählich ausgeliefert werden. Eine Zunahme der Waffenlieferungen in die Region ist daher auch für die nächsten Jahre zu erwarten.

Waffenimporte, wie etwa die Rüstungskäufe nordostasiatischer Staaten, stehen oft in direktem Zusammenhang mit den auch 2014 anhaltenden Spannungen und Konflikten in weiten Teilen der Welt. Diese Importe, im Wechselspiel mit Zukäufen aus der wachsenden einheimischen Rüstungsproduktion, könnten jedoch die ohnehin bestehenden Spannungen in der Region weiter verschärfen. Das wohl wichtigste Ereignis des Jahres in Bezug auf Rüstungstransfers war das Inkrafttreten des Waffenhandelsabkommens (*Arms Trade Treaty, ATT*) im Dezember 2014.



Transparenz bei Rüstungstransfers

Wie schon in den beiden Jahren zuvor, blieb die Transparenz bei Rüstungstransfers auch 2014 enttäuschend. Die Anzahl der Staaten, die 2014 Informationen über ihre Waffenimporte und -exporte an das UN-Register für konventionelle Waffen (*United Nations Register of Conventional Arms*, UNROCA) weitergaben, ging 2014 sogar noch weiter zurück. Gerade einmal etwas mehr als ein Viertel der UN-Mitgliedsstaaten kam dem Ersuchen des UN-Generalsekretärs nach, Basisinformationen über Rüstungseinfuhren und -ausfuhren zu übermitteln. In den letzten fünf Berichtsjahren (2009–13) haben einige der zehn bei SIPRI gelisteten wichtigsten Lieferanten schwerer konventioneller Waffen nicht jährlich an UNROCA berichtet. Auch einige der wichtigsten Importeure haben fünf Jahre überhaupt keine Informationen übermittelt.* Die Beteiligung einiger Regionen war in den letzten Jahren insgesamt gering, insbesondere in Afrika und im Nahen Osten.

Waffenlieferungen in Konfliktgebiete

2014 wurden Waffenlieferungen in Länder, die an bewaffneten Konflikten beteiligt sind, sowie an nichtstaatliche bewaffnete Gruppen zu einem wichtigen Thema. Waffenexporteure mussten über Lieferungen in den Irak und andere, am Kampf gegen den „Islamischen Staat“ beteiligte Staaten entscheiden, darunter Lieferungen an Milizen, die nicht vollständig der Kontrolle der irakischen Zentralregierung unterstehen. Der Konflikt in der Ukraine löste zudem eine Debatte zwischen westlichen Regierungen aus. Dabei ging es um Fragen in Zusammenhang mit Waffenlieferungen an die ukrainische Regierung.

DIE ZEHN WICHTIGSTEN WAFFENPRODUZIERENDEN FIRMEN, 2013

	Hersteller (Staat)	Rüstungs- verkäufe	Gewinn
1	Lockheed Martin	35 490	2 981
2	Boeing	30 700	4 585
3	BAE Systems (GB)	26 820	275
4	Raytheon	21 950	2 013
5	Northrop Grumman	20 200	1 952
6	General Dynamics	18 660	2 357
7	EADS (Gesamteuropa)	15 740	1 959
8	United Technologies	11 900	5 721
9	Finmeccanica (Italien)	10 560	98
10	Thales (Frankreich)	10 370	761

Firmen haben ihren Firmensitz in den USA, außer anders angegeben. Zahlen in US-Dollar. Die Gewinnangaben beziehen sich auf alle Firmenaktivitäten, einschließlich des Verkaufs nichtmilitärischer Produkte.

Der finanzielle Wert staatlicher Waffenexporte, 2013*

Während die Daten von SIPRI zu Rüstungstransfers nicht deren finanziellen Wert darstellen, veröffentlichen viele Rüstungsexportierende Staaten die entsprechenden Zahlen selbst. Anhand dieser Informationen schätzt SIPRI das Gesamtvolumen des weltweiten Rüstungshandels für das Jahr 2013 auf mindestens 76 Mrd. US-Dollar. Die tatsächlichen Angaben sind vermutlich höher.

Rüstungsproduktion und militärische Dienstleistungen, 2013*

Die Rüstungsverkäufe und militärischen Dienstleistungen der laut SIPRI wichtigsten 100 Anbieter (ausgenommen China), hier aufgelistet entsprechend ihrer Verkäufe, betragen 2013 insgesamt 402 Mrd. US-Dollar. Verglichen mit dem Vorjahr sanken diese Verkäufe real um 2 Prozent. Bereits 2011 waren die weltweiten Rüstungseinnahmen zurückgegangen. ●

*Das letzte Jahr, für das Daten verfügbar sind.



11. ATOMMÄCHTE WELTWEIT

Anfang 2015 verfügten neun Staaten über schätzungsweise 15.850 Atomwaffen, etwa 4.300 davon einsatzbereit und um die 1.800 in höchster Alarmbereitschaft. Diese neun Atommächte sind: die USA, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und die Demokratische Volksrepublik Korea (kurz Nordkorea).

Nuklearbestände

Die Anzahl nuklearer Sprengköpfe nimmt weltweit ab, hauptsächlich weil die USA und Russland ihre Bestände weiter verkleinern. Beide Länder verfügen zusammen über mehr als 90 Prozent der globalen Bestände an Atomwaffen. Verglichen mit den letzten zehn Jahren scheinen diese Kürzungen deutlich langsamer zu erfolgen. Keine der beiden Seiten hat seit dem bilateralen Abkommen zur Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (Neuer START-Vertrag) von 2010 seine strategischen Atomstreitkräfte substantiell verkleinert. Gleichzeitig setzen sowohl Russland als auch die USA derzeit umfangreiche und kostspielige Modernisierungsprogramme für ihre nuklearen Trägersysteme, Sprengköpfe und Produktionsstätten um.

Die übrigen, gemäß der Definition des Atomwaffensperrvertrags von 1968, offiziell anerkannten Atommächte sind China, Frankreich und Großbritannien. Diese entwickeln oder stationieren derzeit neue Waffensysteme oder haben dies bereits angekündigt. Für China könnte dies eine moderate Vergrößerung seiner atomaren Rüstungsbestände bedeuten. Alle fünf rechtlich anerkannten Atommächte scheinen entschlossen, ihre Atomwaffenarsenale auf unbestimmte Zeit zu behalten.

WELTWEITE ATOMSTREITKRÄFTE, 2014

Land	Stationierte Sprengköpfe	Andere Sprengköpfe	Gesamter Bestand
USA	~2 080	5 180	~7 260
Russland	~1 780	~5 720	~7 500
Großbritannien	150	~65	~215
Frankreich	~290	~10	~300
China	–	~260	~260
Indien	–	90–110	90–110
Pakistan	–	100–120	100–120
Israel	–	~80	~80
Nordkorea	6–8
Gesamt	~4 300	~11 545	~15 850

Alle Werte beruhen auf Schätzungen, Stand Januar 2015.

Die nuklearen Bestände der anderen Atomwaffenmächte sind erheblich kleiner. Allerdings entwickeln Indien und Pakistan neue Trägersysteme für Atomwaffen und bauen ihre Kapazitäten zur Herstellung von Spaltmaterial für militärische Zwecke weiter aus. Israel testet derzeit eine neue, atomwaffenfähige Langstreckenträgerrakete. Ein neuer Staat, Nordkorea, scheint seine nuklearen Kapazitäten weiter auszubauen, obwohl bislang nicht bekannt ist, ob es einen atomaren Sprengkopf entwickelt hat, der von einer Trägerrakete transportiert werden kann.

Transparenz: ein uneinheitliches Bild

Der Stand verlässlicher Informationen über aktuelle Atomwaffenbestände und nukleare Fähigkeiten war bei den einzelnen Atomwaffenstaaten höchst unterschiedlich. Die USA haben wichtige Informationen über ihre Bestände und Streitkräfte offengelegt, auch Frankreich und Großbritannien gaben einige Informa-



tionen bekannt. Russland legt keine detaillierte Aufstellung seiner Streitkräfte, die unter den Neuen START-Vertrag fallen, offen, obwohl es diese Informationen vertragsgemäß direkt mit den USA teilt. Die US-Regierung hat die Veröffentlichung detaillierter Informationen über chinesische und russische Atomwaffen eingestellt. China bleibt äußerst intransparent. Öffentlich sind nur wenige Informationen über seine Atomwaffen und nuklearen Produktionsanlagen verfügbar. Sowohl die indische als auch die pakistanische Regierung veröffentlichten Erklärungen über einige ihrer Raketentests, jedoch keine Informationen zu Status oder Größe ihrer Bestände. Israel äußert sich grundsätzlich nicht zu seinen atomaren Beständen und auch Nordkorea liefert keine Informationen zu seinen Nuklearkapazitäten. ●

**WELTWEITE BESTÄNDE
SPALTbaren MATERIALS, 2014**

Materialien, die der Kettenreaktion einer explosiven Kernspaltung standhalten können, sind für jede Art von nuklearen Sprengstoffen unverzichtbar. Das gilt für die erste Generation von Atombomben ebenso wie für hoch entwickelte thermonukleare Waffen. Die gängigsten spaltbaren Materialien sind hoch angereichertes Uran (*highly enriched uranium*, HEU) und Plutonium.

China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA haben für ihre Atomwaffen sowohl hoch angereichertes Uran als auch Plutonium hergestellt; Indien, Israel und Nordkorea nutzen in erster Linie Plutonium. Pakistan geht von HEU zunehmend zu Plutonium-Waffen über. Jeder Staat mit einer zivilen Atomindustrie ist in der Lage, spaltbares Material herzustellen.

Das *International Panel on Fissile Materials* (IPFM) stellt Informationen zu den globalen Beständen spaltbaren Materials zusammen.

	Globale Bestände, 2014
Hoch angereichertes Uran	~1 345 Tonnen
Gespaltenes Plutonium	
Militärbestände	~223 Tonnen
zivile Bestände	~270 Tonnen



12. KONTROLLE UND NICHTVERBREITUNG VON ATOMWAFFEN

Die Bilanz hinsichtlich der Kontrolle und Nichtverbreitung von Atomwaffen fiel 2014 uneinheitlich aus.

Das Nuklearprogramm des Iran und internationale Bedenken

Die internationale Besorgnis über Umfang und Art des iranischen Atomprogramms stand unverändert im Mittelpunkt der Bemühungen um atomare Nichtverbreitung.

Die Verhandlungen zwischen dem Iran einerseits und andererseits Frankreich, Deutschland und Großbritannien (E3), unter EU-Vermittlung, sowie China, Russland und den USA (+3) – bekannt unter dem Namen E3/EU+3 – wurden fortgesetzt um „ein einvernehmliches, langfristiges und umfangreiches Abkommen zu erzielen, das sicherstellt, dass Irans Atomprogramm ausschließlich friedlich genutzt wird“. Als Teil eines ersten Schritts hin zu dieser Vereinbarung unternahm der Iran eine Reihe freiwilliger Maßnahmen, die in einem vorläufigen Gemeinsamen Aktionsplan (*Joint Plan of Action*, JPA) festgelegt wurden, der am 24. November 2013 zwischen der E3/EU+3-Gruppe und dem Iran vereinbart wurde.

Die Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans (JPA) begann im Januar 2014. Ursprünglich auf ein halbes Jahr angelegt, wurde das JPA im Juli bis November um sechs Monate verlängert und dann erneut, für weitere sieben Monate, bis Juni 2015.

Auf Anfrage der E3/EU+3 und des Iran übernahm die Internationale Atomenergiebehörde (*International Atomic Energy Agency*, IAEA) die Überwachung, Verifizierung und regelmäßige Berichterstat-

tung über Irans Umsetzung der im JPA vereinbarten Maßnahmen hinsichtlich seiner Atomanlagen. Gemäß dem JPA berichtete die Internationale Atomenergiebehörde u.a., dass der Iran 2014 in seinen Anlagen kein weiteres Uranhexafluorid (UF₆) über fünf Prozent angereichert hat. Umgekehrt seien alle hoch angereicherten Bestände von bis zu 20 Prozent Uranium-235 (U-235) durch Vermischung (*downblending*) und Umwandlung in Uranoxid (UO₂) weiterverarbeitet worden. Iran unternahm keine weiteren Vorstöße, die Aktivitäten in der Anlage zur Urananreicherung in Natanz (*Fuel Enrichment Plant*, FEP), der Atomanlage in Fordo (*Fordow Fuel Enrichment Plant*, FFEF) oder dem noch im Bau befindlichen Atomreaktor in Arak (IR-40) weiter fortzusetzen. Die IAEA erhielt vom Iran fortwährenden Zugang zu den Anreicherungsanlagen in Natanz und Fordo.

Über das ganze Jahr 2014 hinweg setzte der Iran sein Sicherheitsabkommen mit der IAEA gemäß den Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrags von 1968 kontinuierlich um. Das Gleiche gilt in diesem Zusammenhang für die „Gemeinsame Erklärung bezüglich einer Rahmenvereinbarung für Kooperation“, die im November 2013 zwischen der IAEA und dem Iran vereinbart wurde, um alle früheren und aktuellen Fragen zu Sicherheitsmaßnahmen zu klären. Ende 2014 gab die IAEA bekannt, dass der Iran 16 der 18 im Kooperationsabkommen festgelegten Maßnahmen umgesetzt habe. Die Umsetzung der verbleibenden zwei Maßnahmen stehe seit Mai 2014 aus. Die IAEA betonte weiterhin, dass die Arbeit zu allen noch offenen Fragen, darunter den im Rahmenabkommen genannten, beschleunigt werden müsse. Nur so könne Irans Nuklearprogramm, einschließlich mögli-



cher militärischer Aspekte, vollständig erfasst werden. Der Bericht gehe an den Gouverneursrat der IAEA. Die IAEA blieb 2014 bei ihren Schlussfolgerungen bezüglich der Sicherungsmaßnahmen. So habe man zwar fortwährend verifizieren können, dass weder in den nuklearen Anlagen noch an den von Iran gemäß dem Abkommen benannten Orten spaltbares Material abgezweigt worden sei. Die IAEA könne jedoch nicht ausschließen, dass es nukleares Material oder diesbezügliche Aktivitäten im Iran gebe, die nicht angegeben wurden. Daher könne die IAEA nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass das gesamte, sich im Iran befindliche nukleare Material ausschließlich für friedliche Zwecke genutzt werde.

Russland und den USA

Der Dialog zwischen Russland und den USA zur Reduzierung strategischer Waffen steckte weiter in einer Sackgasse, obwohl beide Seiten das Abkommen zur Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (Neuer START-Vertrag) von 2010 umsetzen, wenn auch langsamer als zuvor. Zur gleichen Zeit machten sich beide Länder gegenseitig Vorwürfe hinsichtlich der Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Beseitigung von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite (INF-Vertrag) von 1987.

Entwicklungen hinsichtlich multilateraler Rüstungskontrollen und Abrüstung

Die Abrüstungskonferenz, das weltweit einzige multilaterale Forum für Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung, scheiterte erneut daran, sich auf ein Arbeitsprogramm zu einigen und konnte daher die Verhandlungen, nicht mal zu einem einzigen Thema auf seiner Agenda,

fortführen. Die Abrüstungskonferenz hielt im März hochrangige Gespräche ab, bei denen sich Außenminister an die Konferenz wandten.

Das Komitee zur Vorbereitung der 2015 stattfindenden Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien des Atomwaffensperrvertrags hielt seine dritte und letzte Sitzung bei den Vereinten Nationen in New York ab. Dabei konnte man sich allerdings nicht darüber einigen, welche Empfehlungen für weitere Maßnahmen gegen Weiterverbreitung, und für die weitere Abrüstung von Atomwaffen, der Überprüfungskonferenz vorgelegt werden sollten.

Mexiko richtete im Februar die zweite internationale Konferenz über die humanitären Folgen von Atomwaffen aus, eine dritte folgte im November in Österreich. Neben mehr als 150 Staaten waren auch zivilgesellschaftliche und internationale Organisationen sowie Überlebenden der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki (*Hibakusha*) vertreten. Beide Konferenzen machten deutlich, dass weder einzelne Länder noch die Welt insgesamt in der Lage wären, die humanitären und ökologischen Folgen einer atomaren Explosion zu bewältigen. Österreich machte eine nationale Zusage, sich für ein weltweites Verbot von Atomwaffen und deren Vernichtung einzusetzen.

Das dritte in einer Reihe von Gipfeltreffen zu Atomarer Sicherheit fand im März in Den Haag statt. In einer Erklärung, die auf dem Treffen verabschiedet wurde, wurde erneut bekräftigt, dass man sich für eine stärkere Sicherung von nuklearem Material und Atomanlagen einsetzen wolle und man sich zu einem vierten (und letzten) Mal zu einem Gipfeltreffen in den USA 2016 zusammenfinden werde. ●



13. DIE REDUZIERUNG VON SICHERHEITSRISIKEN DURCH CHEMISCHE UND BIOLOGISCHE KAMPFSTOFFE

Ausgelöst durch den Ausbruch der Ebola-Virus-Epidemie in Westafrika rückte 2014 das Thema öffentliche Gesundheit im globalen Kontext weit oben auf die Agenda der internationalen Sicherheitsdiskurse. Schätzungsweise 20.000 bestätigte und wahrscheinliche sowie weitere Verdachtsfälle von Ebola-Erkrankungen wurden insgesamt in Westafrika gemeldet, mindestens 8.000 davon endeten tödlich. Dabei wurden Versäumnisse nationaler wie internationaler Vorsorgemaßnahmen gegenüber Gefahren aufkommender Infektionskrankheiten deutlich und die Aufnahmekapazitäten einiger nationaler Gesundheitssysteme in Westafrika und internationaler Organisationen stießen an ihre Grenzen. Bei den Hilfsmaßnahmen kam es außerdem zu Verzögerungen und Reibungsverlusten, darunter auch auf Seiten der Staaten und internationaler Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die sich auf Prioritäten im Vorgehen zu einigen suchten. Darin zeigte sich erneut die uneinheitliche Umsetzung der 2005 von der WHO überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften.

Im weiteren Kontext setzten die Staaten ihre Bemühungen fort, Strategien gegen die missbräuchliche Anwendung giftiger chemischer und biologischer Substanzen zu entwickeln. Die wichtigsten Rechtsinstrumente gegen chemische und biologische Kriegsführung sind das Chemiewaffenübereinkommen (*Chemical Weapons Convention*, CWC) von 1993 sowie das Bio- und Toxinwaffenübereinkommen (*Biological and Toxin Weapons Convention*, BTWC) von 1972.

Biologische Rüstungskontrolle

Die Vertragsparteien des BTWC traten 2014 zweimal zusammen. Die Treffen dienten vor allem dazu, Meinungen und Erfahrungen auszutauschen. Dabei standen die Zusammenarbeit und Unterstützung in der friedlichen Nutzung von Naturwissenschaften, eine Überprüfung wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen sowie der Ausbau von Kapazitäten zur Unterstützung derer, die möglicherweise von biologischen Waffen bedroht sind, im Mittelpunkt. Die vielleicht wichtigste Entwicklung, gerade im Hinblick auf die 8. Überprüfungskonferenz 2016, war ein Vorschlag Russlands, Fragen der Vertragseinhaltung erneut zu überdenken.

Rüstungskontrolle von chemischen Waffen

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (*Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons*, OPCW) überwachte weiterhin die Umsetzung des CWC. OPCW koordinierte die internationale Zusammenarbeit, um chemische Kampfstoffe aus Syrien zu entfernen. Eine von ihr entsandte Erkundungsmission kam zu dem Ergebnis, dass chemische Waffen, aller Wahrscheinlichkeit nach Chlorgas, 2014 erneut in Syrien eingesetzt wurden. Auf der 19. Konferenz der Vertragsstaaten des CWC wurden die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben, die Syrien über seine Chemiewaffenbestände und deren Vernichtung gemacht hatte, erörtert. Die Arbeit der OPCW in Syrien bietet einen Ausgangspunkt für weitere Diskussionen darüber, vor welchen Herausforderungen eine derartige Überprüfung in den Konfliktgebieten Iraks, Libyens und Syriens steht. ●



14. KONVENTIONELLE RÜSTUNGSKONTROLLE UND MILITÄRISCHE VERTRAUENSBIILDUNG

Auch 2014 blieb konventionelle Rüstungskontrolle hinter ihren Möglichkeiten zurück, zu Sicherheit und Friedensbildung beizutragen. Im Allgemeinen weisen Staaten Rüstungskontrolle nicht als wichtigen Bestandteil ihrer nationalen Sicherheitspolitik aus. Statt eines ausgewogenen Ansatzes, ziehen es Staaten vor, sich vorrangig auf die nationalen Streitkräfte zu stützen, um ihre Sicherheit zu fördern.

Humanitäre Rüstungskontrolle

Die größte Herausforderung bestehender Abkommen zur humanitären Rüstungskontrolle liegt weiterhin darin, dass Staaten, die den Vereinbarungen nicht beigetreten sind, und nichtstaatliche Akteure inhumane Waffen in Konflikten einsetzen. Insgesamt hat die Beteiligung zugenommen, da weitere Staaten den bestehenden Abkommen zur humanitären Rüstungskontrolle beigetreten sind und diese umgesetzt haben. Dabei ist jedoch zu beobachten, dass v.a. Staaten beigetreten sind, für die die Beteiligung nur relativ wenige Verpflichtungen mit sich bringt. Die Diskussionen, ob der Geltungsbereich humanitärer Rüstungskontrolle ausgeweitet werden muss, um auch neue und aufkommende Technologien zu erfassen, wurden 2014 fortgesetzt. Das galt insbesondere für die Frage, wie Gefahren, die mit tödlichen autonomen Waffensystemen verbunden sind, verringert werden könnten.

Kontrollmaßnahmen für Kleinwaffen

2014 konnten, maßgeblich durch das Aktionsprogramm der Vereinten Nationen zu Kleinwaffen und leichten Waffen (POA) sowie das UN-Schusswaffenprotokoll, wei-

tere Fortschritte bei Maßnahmen zur Kontrolle von kleinen und Handfeuerwaffen erzielt werden. Dabei wurde gefordert, die wichtigsten Instrumente zur Kontrolle von Kleinwaffen besser aufeinander abzustimmen und zu stärken, um unnötige Überschneidungen zu verhindern. Dies erscheint umso nötiger, als im Dezember 2014 das Waffenhandelsabkommen in Kraft trat, das auch Bereiche abdeckt, die das POA und das Schusswaffenprotokoll der UN regeln. Trotz dieser Überschneidungen und Doppelungen ist keine unüberwindbare Grenze entstanden, die eine effektive Zusammenarbeit im Bereich Kleinwaffen verhindern würde. Besonders in Afrika und Lateinamerika, aber auch in anderen Regionen der Welt, haben eine Reihe regionaler Organisationen und NGOs (Nichtregierungsorganisationen) erfolgreich auf das eine oder andere der beiden Instrumentarien zurückgegriffen, um praktische Fragen wie Bestandsverwaltung oder die Vernichtung von Überschüssen zu regeln.

Vertrauens und sicherheit in Europa

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) wurden 2014 durch die sich zuspitzende Sicherheitslage in Europa auf die Probe gestellt. In jüngster Zeit nahm die Anzahl größerer militärischer Übungen, die Russland kurzfristig ansetzte, zu. Ebenso stieg die Zahl von Zwischenfällen an, die den Anschein vermittelten, russische Militärflugzeuge oder Marineschiffe beteiligten sich an potentiell gefährlichen Manövern. Aufgrund der Entscheidungen der NATO des Jahres 2014 werden militärische Übungen in Zukunft wohl häufiger und in unterschiedlicher Form stattfinden. In dieser Situation kann es sich durchaus lohnen, der Rolle vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen neuerliche Beachtung zu schenken. ●



15. KONTROLLEN DES WAFFENHANDELS UND DUAL-USE-GÜTER

Das Inkrafttreten des Waffenhandelsabkommens (*Arms Trade Treaty*, ATT) im Dezember 2014 war im Hinblick auf die Kontrolle des Handels von konventionellen Waffen ein Meilenstein.

Das Waffenhandelsabkommen

Die Aufmerksamkeit richtete sich 2014 sowohl auf das Inkrafttreten des Waffenhandelsabkommens als auch auf die Vorbereitungen für die Erste Konferenz der Vertragsstaaten, die vom 24. bis 27. August 2015 stattfinden wird. Obwohl das ATT unter der Schirmherrschaft des ersten Ausschusses der UN-Generalversammlung, der sich hauptsächlich mit Abrüstungsfragen beschäftigt, ausgehandelt wurde, befasst sich der Vertrag hauptsächlich mit Kontrollmaßnahmen für den Handel mit konventionellen Waffen.

Das ATT markiert ohne Zweifel einen wichtigen Schritt. Aber angesichts dessen, wie vage einige Bestimmungen formuliert sind und der Tatsache, dass wichtige Waffennexport- und Importnationen erst noch beitreten müssen, bleiben Zweifel, welche Wirkung das Abkommen tatsächlich erzielen kann. Die Diskussionen 2014 konzentrierten sich hauptsächlich auf Verfahrensfragen, etwa den Sitz und die finanzielle Ausstattung des Sekretariats, oder die Zugangsmöglichkeiten von Nicht-Vertragsstaaten und NGOs, die gegen den Inhalt des Abkommens sind.

Auch wenn diese Fragen kaum dazu beitragen, dass Standards im Handel mit konventionellen Waffen verbessert werden, ist ein positives Ergebnis dieser Diskussionen entscheidend für die langfristige Entwicklung dieses Instruments. Diese Auseinan-

dersetzungen haben darüber hinaus Auswirkungen auf zukünftige Verhandlungen in anderen Bereichen der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Denn Verfahren, die im Waffenhandelsabkommen vereinbart wurden, könnten auch anderswo Anwendung finden.

Multilaterale Waffenembargos

Im Bereich multilateraler Waffenembargos zielten eine Reihe von Entwicklungen auf Beschränkungen, die die Vereinten Nationen (UN), die Europäische Union (EU) und andere regionale Organisationen verhängten. Die Diskussionen über ein UN-Embargo gegen Südsudan waren 2014 schon weiter gediehen, ohne zu einem endgültigen Ergebnis zu kommen. Im Februar 2014

MULTILATERALE WAFFENEMBARGOS, 2014

Vereinte Nationen (14 Embargos)

• Al-Qaida und assoziierte Personen und Einrichtungen • Demokratische Republik Kongo (NRT) • Elfenbeinküste • Eritrea • Iran • Irak (NRT) • Libanon (NRT) • Liberia (NRT) • Libyen (NRT) • Nordkorea • Somalia • Sudan (Darfur) • Taliban • Zentralafrikanische Republik

Europäische Union (23 Embargos)

Umsetzung von UN-Embargos (10):

• Al-Qaida, die Taliban sowie assoziierte Personen und Einrichtungen • Demokratische Republik Kongo (NRT) • Elfenbeinküste • Eritrea • Irak (NRT) • Libanon (NRT) • Liberia (NRT) • Libyen (NRT) • Somalia (NRT) • Zentralafrikanische Republik

Anpassung an UN-Embargos (3): • Iran • Nordkorea • Sudan (Darfur)

Embargos ohne UN-Beteiligung (10):

• Belarus • China • Guinea (im April 2014 aufgehoben) • Myanmar • Russland • Syrien • Südsudan • Ukraine (im Juli 2014 aufgehoben) • Zimbabwe • Ägypten

Arabische Liga (1 Embargo)

• Syrien

NRT = Nichtregierungstruppen.



beschloss die EU ihr Handelsembargo auf alle Güter, die zur internen Repression genutzt werden könnten, gegen die Ukraine auszusetzen. Dieses Embargo wurde im Juli aufgehoben. Im selben Monat beschloss die EU ein Rüstungsembargo gegen Russland. Mehrere Verstöße gegen UN-Embargos wurden 2014 verzeichnet.

Exportkontrollregime

2014 versuchten die vier multilateralen Regime – die Australische Gruppe (*Australian Group*), das Raketentechnologie-Kontrollregime (*Missile Technology Control Regime*, MTCR), die Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer (*Nuclear Suppliers Group*, NSG) und das Wassenaar-Abkommen zur Kontrolle von Exporten konventioneller Waffen sowie doppelverwendungsfähiger Güter und Technologien – strategische Handelskontrollen zu stärken. Besonders unter den Mitgliedern der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer hielten die Diskussionen an, sich auf gemeinsame Standards zu einigen, durch die Kontrollen auch auf weitere Aktivitäten, wie Vermittlung, Transit oder Umladung, ausgeweitet werden könnten.

Aufgrund der klaren Beweislage, dass in Syrien chemische Waffen eingesetzt worden waren, stand 2014 das Thema chemische Kampfstoffe im Mittelpunkt. Im Kampf gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen standen Atomwaffen weiterhin oben auf der Agenda. Auch ein Mitwirken Indiens in einem der Regime, wurde weiterhin diskutiert.

EU-weite Exportkontrollen

Der Gemeinsame Standpunkt der EU-Mitgliedsstaaten zu gemeinsamen Regeln für Exportkontrollen bei Militärtechnologie und Rüstungsgütern wurde 2014 noch

weiter überarbeitet (EU Gemeinsamer Standpunkt). Die Abschlussdokumente werden 2015 erwartet. Der Prozess lässt gegenwärtig nicht auf weitreichende Änderungen schließen. Allerdings ist davon auszugehen, dass bestimmte Exportkriterien angepasst werden (zum Teil, um dem Inkrafttreten des ATT Rechnung zu tragen). Auch ist anzunehmen, dass an den für den Informationsaustausch vorgesehenen Systemen Verbesserungen vorgenommen werden. Bei der Umsetzung der EU Richtlinie über die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (*ICT Directive*) konnten die Mitgliedsstaaten Fortschritte erzielen. Deren Folgen machen sich jedoch unterschiedlich bemerkbar und sind schwer messbar. Die Entwicklungen hinsichtlich des Gemeinsamen Standpunkts und besagter Richtlinie deuten darauf hin, dass die Mitgliedsstaaten der EU offenbar das Interesse verloren haben, ihre nationalen Rüstungskontrollmaßnahmen weiter zu harmonisieren. Die EU-weiten Kontrollen der Verbringung, der Vermittlung und des Transits von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck unterliegen derzeit einer Überprüfung. Die daraus resultierenden Änderungen sind frühestens Ende 2015 zu erwarten. Das Überprüfungsverfahren bietet der EU Gelegenheit zu beweisen, dass sie auch in Zukunft eine führende Rolle übernehmen kann, um wirksame Mechanismen zur Exportkontrolle zu entwickeln und umzusetzen. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Kontrolle des Handels mit Überwachungstechnologie, einem Thema, dem sich auch der Review-Prozess besonders widmet. Diese Debatte könnte das Konzept der Doppelverwendbarkeit von Gütern grundlegend verändern, indem sie über die Dichotomie militärische versus zivile Nutzung hinausgeht. ●



ANHÄNGE

Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, die am 1. Januar 2015 in Kraft waren

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Genfer Protokoll 1925)
- 1948 Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Völkermordkonvention)
- 1949 Genfer Konvention (IV) zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
- 1959 Antarktisvertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Welt- und unter Wasser (Partieller Teststoppvertrag/*Partial Test-Ban Treaty* PTBT)
- 1967 Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraumvertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen/Atomwaffensperrvertrag (Nichtverbreitungsvertrag, NVV/*Non-Proliferation Treaty*, NPT)
- 1971 Vertrag über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund (Meeresbodenvertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (Bio- und Toxinwaffen-Übereinkommen, BWÜ/*Biological and Toxin Weapons Convention*, BTWC)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (Testschwellenvertrag/*Threshold Test-Ban Treaty*, TTBT)
- 1976 Vertrag über unterirdische Kernexplosion zu friedlichen Zwecken (*Peaceful Nuclear Explosion Treaty*, PNET)
- 1977 Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Technologien (ENMOD-Konvention)
- 1980 Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (Übereinkommen über „unmenschliche Waffen“/*CCW Convention or 'Inhumane Weapons' Convention*)
- 1985 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag/*Treaty on Conventional Armed Forces in Europe*, CFE Treaty)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (C-Waffen-Übereinkommen, CWÜ/*Chemical Weapons Convention*, CWC)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasien (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Abkommen von Florenz)
- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von und den Handel mit Schusswaffen, Munition, Sprengstoff und ähnlichem Material
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (Anti-Landminen-Konvention, Ottawa-Konvention)



- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 2006 ECOWAS-Übereinkommen über Kleinwaffen, leichte Waffen, ihre Munition und ähnliches Material
- 2006 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone in Zentralasien (Vertrag von Semipalatinsk)
- 2008 Übereinkommen über Streumunition
- 2010 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (Neuer START-Vertrag/*New START*)
- 2011 Wiener Dokument 2011 der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2013 Waffenhandelsvertrag (*Arms Trade Treaty, ATT*)

Verträge, die bis 1. Januar 2015 nicht in Kraft waren

- 1996 Umfassender Teststoppvertrag (*Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT*)
- 1999 Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrags (*CFE Treaty*)
- 2010 Zentralafrikanisches Übereinkommen zur Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen, deren Munition und aller Teile und Komponenten, die zur Herstellung, Instandsetzung und Montage dieser Waffen verwendet werden können (Kinshasa-Übereinkommen)

Organe für Sicherheitszusammenarbeit

Nennenswerte Neuerungen 2014 betreffen den Rückfall von G8 auf G7 infolge des Ausschlusses Russlands; Bangladesch und Katar sind der Konferenz für Austausch und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) beigetreten; Brunei Daressalam und die Bahamas sind der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) beigetreten. ●

CHRONOLOGIE 2014, AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

- 20. Jan. Implementierung des vorläufigen Gemeinsamen Aktionsplans (Joint Plan of Action, JPA), auf den sich die E3/EU+3 und Iran geeinigt hatten, beginnt
- 13.–14. Mexiko richtet die zweite Internationale Konferenz über humanitäre Auswirkungen nuklearer Waffen aus
- 6. März Die EU und der UN-Sicherheitsrat halten Sondersitzungen zur Krise in der Ukraine
- 18. Apr. Die IAEA gibt an, Iran habe die Hälfte seiner Bestände an hochangereichertem Uranium verdünnt
- 12. Mai Major General Kristin Lund aus Norwegen wird die erste Frau, die eine UN-Blauhelmmision befehligt
- 23. Juni Die Gemeinsame Mission von OPCW und UN gibt bekannt, dass die Beseitigung des syrischen Chemiewaffenmaterials abgeschlossen sein
- 17. Juli Flug MH17 der Malaysian Airlines stürzt über der Ostukraine ab
- 7. Aug. Die WHO erklärt offiziell den Ausbruch von Ebola zur gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite
- 30. Sep. Bilaterale Sicherheitsabkommen zwischen den USA und Afghanistan und ein Stationierungsabkommen zwischen der NATO und Afghanistan werden unterzeichnet
- 31. Okt. Der UN-Generalsekretär beruft einen hochrangigen, unabhängigen Ausschuss zu Friedensmissionen unter dem Vorsitz von José Ramos Horta
- 24. Nov. Die UN schätzt die Zahl ausländischer terroristischer Kämpfer in den Konflikten in Irak und Syrien auf über 15.000 Personen aus 81 Ländern
- 24. Dez. Der Waffenhandelsvertrag (*Arms Trade Treaty, ATT*) tritt in Kraft



SO BESTELLEN SIE DAS SIPRI YEARBOOK 2015

SIPRI Yearbook 2015: Armaments, Disarmament and International Security

Veröffentlicht in einer Print- und Onlineausgabe von Oxford University Press

ISBN 978-0-19-873781-0, gebundene Ausgabe

ISBN 978-0-19-181400-6, Onlineausgabe

OXFORD

UNIVERSITY PRESS

Weitere Informationen unter **www.sipriyearbook.org**

ÜBERSETZUNGEN

Das *SIPRI Yearbook 2015* wird ebenfalls übersetzt auf:

- Chinesisch von der Chinesischen Vereinigung für Rüstungskontrolle und Abrüstung (CACDA), Peking
www.cacda.org.cn
- Russisch vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO), Moskau
www.imemo.ru
- Ukrainisch vom Razumkov Zentrum (Ukrainisches Zentrum für Wirtschafts- und Politikstudien, UCEPS), Kiew
www.razumkov.org.ua

Diese Übersetzungen werden von der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport gefördert. Bitte kontaktieren Sie die übersetzenden Organisationen für weitere Informationen.

SIPRI-DATENPORTALE

SIPRI Military Expenditure Database

Diese Datenbank gibt die Militärausgaben in 172 Ländern seit 1988 in konsistenten Zeitreihen wieder, um diese vergleichbar zu machen: sowohl in Landeswährungen, als auch zu heutigen Werten, in US-Dollar, zu konstanten Werten und Wechselkursen oder als Anteil am Bruttoinlandsprodukt.

SIPRI Arms Transfers Database

Diese Datenbank zeigt in sieben Kategorien alle internationalen Transfers schwerer konventioneller Waffen seit 1950 auf – die umfassendste öffentlich zugängliche Quelle von Informationen zu internationalen Waffenlieferungen.

SIPRI Arms Embargoes Database

Diese Datenbank enthält Informationen zu allen Waffenembargos, die durch eine internationale Organisation wie EU, UN oder einer Ländergruppe umgesetzt wurden. Alle Embargos, die momentan oder seit 1998 verhängt wurden, sind in der Datenbank enthalten.



SIPRI National Reports Database

Diese Datenbank bietet Links zu allen öffentlich zugänglichen nationalen Berichten zu Rüstungsexporten. Sie wird fortwährend aktualisiert, um auch aktuelle Veröffentlichungen zu einzelnen Ländern zu erfassen.

SIPRI Multilateral Peace Operations Database

Diese Datenbank bietet Informationen aller UN- und Nicht-UN-Friedenseinsätze, die seit 2000 durchgeführt wurden, inklusive der Orte, Daten zur Entsendung und Tätigkeit, zum Auftrag, zu teilnehmenden Ländern, zu Personal, Kosten und Todesfällen.

Zugang zum SIPRI-Datenportal: www.sipri.org/databases

BERGHOF FOUNDATION OPERATIONS GMBH

Die Berghof Foundation ist eine unabhängige und gemeinnützig tätige Nichtregierungsorganisation. Sie wurde 1971 von Professor Georg Zundel gegründet. Mit ihren langjährigen Erfahrungen in den Bereichen Friedensforschung, Friedenspädagogik und Friedensförderung unterstützt sie Akteure bei der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten. *Creating Space for Conflict Transformation* – für diese Mission arbeitet das multinationale Team der Berghof Foundation in enger Kooperation mit zahlreichen Partnern auf der ganzen Welt. Die Berghof Foundation hat ihren Hauptsitz in Berlin und eine Zweigstelle in Tübingen. Darüber hinaus stützt sich ihre Arbeit auf viele engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Projektbüros im Ausland.

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Sie ist den Werten und Grundideen der Sozialen Demokratie verpflichtet und arbeitet mit NGOs, Think Tanks, politischen Akteuren und der Gewerkschaftsbewegung weltweit zusammen. Im Sinne der Leitbilder Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leistet die Stiftung heute in Deutschland und in über 100 Ländern Beiträge zur Entwicklung der Demokratie, der politischen Kultur, der Festigung von Frieden und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels.



STOCKHOLM INTERNATIONAL PEACE RESEARCH INSTITUTE

Signalistgatan 9
SE-169 70 Solna, Sweden
Telephone: +46 8 655 97 00
Fax: +46 8 655 97 33
Email: sipri@sipri.org
Internet: www.sipri.org



Berghof Foundation Operations GmbH
Altensteinstraße 48a
14195 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 (30) 844154-0
Telefax: +49 (30) 844154-99
E-Mail: info@berghof-foundation.org
Internet: www.berghof-foundation.org



Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
Telefon: +49 (228) 883-0
Telefax: +49 (228) 883-9207
E-Mail: presse@fes.de
Internet: www.fes.de



SIPRI YEARBOOK 2015

Armaments, Disarmament and International Security

Das SIPRI Jahrbuch wird weltweit von Politikern, Diplomaten, Journalisten, Wissenschaftlern, Studierenden und Bürgern geschätzt. Als autoritative und unabhängige Quelle liefert es Daten und Analysen zu den Themen Rüstung, Abrüstung und internationale Sicherheit und einen Überblick über Entwicklungen in den Bereichen internationale Sicherheit, Waffentechnologien, Militärausgaben, Rüstungshandel und -produktion sowie bewaffnete Konflikte. Auch Bestrebungen zur Kontrolle konventioneller, nuklearer, chemischer und biologischer Waffen werden hier thematisiert.

Die erste Ausgabe des *SIPRI Yearbook* erschien 1969. Ziel war es, „ein kontroverses Thema faktenreich und ausgewogen darzustellen – den Rüstungswettlauf und Versuche, diesen zu stoppen“.

Diese Broschüre fasst die 46. Ausgabe des *SIPRI Yearbook* zusammen. Es enthält Berichte über die Entwicklungen im Jahr 2014 in den Bereichen:

- *Bewaffnete Konflikte*, schwerpunktmäßig in Syrien, Irak und der Ukraine sowie Studien über den Zusammenhang zwischen Geschlechtergerechtigkeit und Frieden bzw. bewaffnetem Konflikt sowie der Vielfältigkeit von Frieden und Konflikt in Afrika
- *Sicherheit*, mit einer Übersicht der Sicherheitslage in Ostasien und Europa, globalen und regionalen Entwicklungen von Friedenseinsätzen und Entwicklungschancen in fragilen Staaten
- *Militärausgaben*, Rüstungsproduktion und Internationale Rüstungstransfers
- *Atomstreitkräfte weltweit*, mit einer Übersicht über jede der neun Atommächte
- *Atomare Rüstungskontrolle*, beleuchtet Entwicklungen in Irans Atomprogramm und multilaterale Rüstungskontrolle und Abrüstung
- *Verringerung von Sicherheitsbedrohungen durch chemische und biologische Materialien*, einschließlich der Folgen des Ausbruchs der Ebola-Epidemie und der Problematik von chemischen und biologischen Kampfstoffen in Konfliktgebieten
- *Konventionelle Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung*, mit Studien zu humanitärer Rüstungskontrolle, Kontrollmechanismen für Kleinwaffen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Europa
- *Doppeltverwendungsfähige Güter und Waffenkontrollsysteme*, mit einer Darstellung zur Entwicklung des Waffenhandelsvertrags, multilateralen Waffenembargos und Exportkontrollregimen

sowie eine 10-Jahres-Übersicht zu Mustern bewaffneter Gewalt, eine Zusammenfassung des *Global Peace Index*, ausführliche Anhänge zu Rüstungskontrolle und Abrüstungsvereinbarungen, internationalen Sicherheitsorganisationen sowie den Ereignissen des Jahres 2014.